

Die finanzielle Lage unserer Feinde. II.

(Schluß aus Nr. 1177.)

Frankreichs Finanzen.

Die finanzielle Katastrophe droht England von seinen Verbündeten. Weniger wohl von Frankreich, dessen Finanz- und Volkswirtschaft im Kriege zwar ganz durchsichtig geworden ist, das aber sicher noch nicht — was wir uns für den Friedensschluß merken wollen — am Rande seiner Kräfte steht. Das schließt nicht aus, daß es den Krieg bisher auf die unsolideste und leichtsinnigste Art finanziert hat. In Frankreich, das doch so kriegsbegeistert zu sein vorgibt, halten die Kapitalisten — die große Bourgeoisie, wie Clemenceau sich ausdrückt — jedenfalls am meisten mit ihrem Gelde zurück. Man erinnere sich, daß seit Beginn des Krieges das französische Publikum an langfristigen Obligationen nicht mehr erworben hat, als z. B. das ungarische Volk diesmal bei der dritten ungarischen Kriegausleihe gezeichnet hat. Die Kosten für den Krieg, die sich doch auch für Frankreich auf 20 Milliarden belaufen, hat man dort teils durch Begebung kurzfristiger Schatzwechsel und teils durch eine übermäßige Ausgabe von Banknoten gedeckt. Zur Erklärung der hohen Zurückhaltung des Kapitals muß man daran erinnern, daß das französische Volk auf der Erde so viel fremde Rentenpapiere bei sich aufgenommen hat, wie das französische, so daß auch schon vor dem Kriege die für die Einführung der dreijährigen Dienstzeit vorgesehene Anleihe mit einem Mißerfolge endete. Dazu kommt noch, daß das französische Wirtschaftsleben nach Ausbruch der Feindseligkeiten lange Zeit so gut wie tot war, und daß es auch heute noch nicht regelmäßig arbeitet. Aber nach seinem Vermögen hat das französische Volk längst nicht das geleistet, was andere Völker auf beiden Seiten der Kriegführenden getan haben. Wenn man in Frankreich 16 Monate darüber hingehen ließ, bis man zum erstenmal mit einer langfristigen Anleihe heraustrat, so kamte man eben das Mißtrauen, das das französische Kapitalistenpublikum seinem Staate entgegenbringt. Und erst die Not zwingt dazu, an eine Regelung zu denken, die die soliden Finanzwirtschaften Deutschlands und Englands von vornherein durchgesehen haben. Auf die Bedingungen der neuen Anleihe brauchen wir hier nicht mehr näher einzugehen, nachdem sie schon im Handelsteil der Nr. 1167 erörtert worden sind. Inzwischen ist das kaum Glaubliche, daß die Franzosen ihre erste Anleihe 12 Prozent unter Pari begeben wollen, amtlich bestätigt worden. Das ist das Eingeständnis, unter welchen Schwierigkeiten man vom französischen Sparer Geld für Kriegszwecke erhält; das ist — wir wiederholen es — aber noch keineswegs der Beweis, daß Frankreich sich seiner finanziellen Erschöpfung nähert. Wir glauben vielmehr, daß, wenn man jetzt auch nur mit Röhrendruck Geld herausholen kann, Frankreich immer noch imstande sein wird, ein reichliches Lösegeld der Niederlage, wie Finanzminister Ribot die Kriegsschädigung nannte, zu bezahlen.

Die russische Katastrophe.

Anders in Rußland. Wenn dort bisher der Versuch gemacht worden war, Gelder zusammenzubringen, so mußten immer die Banken herhalten, weil die Einzelwirtschaften schlechterdings keine Überschüsse haben, die sie dem Staate geben können. Die krampfhaften Bemühungen des russischen Finanzministers, in den letzten Monaten vom verbündeten England und aus dem neutralen Amerika Mittel zu bekommen, um den laufenden Verpflichtungen gerecht zu werden und den Krieg weiter zu führen, geschahen auf den Druck der Banken hin, die aus dem eigenen Lande nichts mehr herausholen zu können glauben. Hätte Rußland seine wertvolle Ausfuhr im Kriege aufrechterhalten können, so hätte es zur Not seinen Feldzug aus eigener Kraft führen können. Die Dardanellenaktion, die das Ausfalltor für die russische Ernte öffnen sollte, ist gescheitert, und an eine befriedigende Lösung des Ausfuhrproblems denkt wohl heute in Rußland niemand mehr. Dazu kommt, daß mit der Abschaffung des Branntweinmonopols der Staat einen fühlbaren Ausfall an Einnahmen hatte, daß das reichste Industrie- und Steuergebiet in deutsche Hände gefallen ist, daß der Staat dafür die Sorge für Millionen von Vertriebenen übernehmen mußte. Die Versuche, sich bei den Engländern zu erholen, haben mit einem vollständigen Mißerfolge geendet. Rußland ist mit einem Handelskredit abgesperrt worden; aber von der gewünschten Zwei-Milliardenanleihe ist kein Dollar nach Rußland gekommen. Die Verbündeten haben eben Rußland, als es nicht mehr die Hoffnungen erfüllte, die man militärisch darauf gesetzt hatte, kaltblütig im Stiche gelassen. Rußland ist ganz gegen seinen Willen und gegen seine ursprüngliche Absicht gezwungen, den eigenen Markt anzugehen. Der ist aber im Gegensatz zum englischen und französischen äußerst schwach. Und von diesem Markt fordert man gleichzeitig nicht nur Anleihen, sondern auch neue Steuern. Es sind Akte der Verzweiflung, wenn Rußland seinem geschwächten Volke jetzt eine Einkommensteuer auferlegen will, die jahrelang bekämpft worden ist, ja daneben auch eine hohe Vermögenssteuer. An allen Ecken und Enden sucht man Gegenstände und Vorgänge zu besteuern. Eine größere Summe könnte vielleicht die Steuer auf alle Erzeugnisse aus Baumwollwaren bringen, die geplant ist, aber eine gewaltige Gärung

in der Textilindustrie hervorgerufen hat, die darin ihren Ruin sieht. Jedenfalls sind es nur Lastversuche, die man auf dem Anleihe- und Steuermarkt in Rußland bisher unternommen hatte, und es läßt sich noch gar nicht voraussehen, welchen Einfluß auf die innere Zerfetzung des Landes es haben wird, falls diese Pläne, vor allem die Einkommensteuer mit ihren den Landbesitz schonenden und die gewerblichen Kreise hart anpackenden Wirkungen Gesehe werden sollten.

Der finanzielle Niedergang wird durch diese Palliativmittel jedenfalls nicht verhütet. Mit den russischen Niederlagen ist auch der Rubeltkurs immer tiefer gefallen. Rußland führt seinen Krieg nicht mit Gold, sondern mit Papier. Es versinkt allmählich in einem Zettelmeer. Am 1. Januar 1914 waren 1664,7 Millionen Rubel in Papier in Umlauf; am 1. Januar 1915 2946,6, am 23. Juli 1915 3889,4 und am 11. November 1915 schon 5040,5 Millionen Rubel. Vor dem Kriege hatten Finanzmänner anderer Länder mit Reid auf Rußland hingewiesen, das reichlich mit dem gelben Metall versorgt war. Das ist im Kriege ganz anders geworden. Während die russischen Banknoten in Friedenszeiten eine Deckung in Gold von mehr als 100 Prozent hatten, ist die Deckung jetzt auf 30 Prozent zusammengeschrumpft. Die deutschen Noten sind um 10 Prozent stärker gedeckt, dabei bleibt aber zu beachten, daß Rußland in hervorragendem Maße ein Schuldnerstaat ist, der seine Zinsen und seine Schulden mit Gold bezahlen muß, und der an dem Tage finanziell erledigt ist, an dem er diesen Verpflichtungen in Gold nicht mehr nachkommen kann. Dieser Zustand ist längst erreicht. Rußland ist während des Krieges an dem Punkte angelangt, wo ihm das unmöglich geworden ist. Innerlich ist es schon zahlungsunfähig geworden. Mit seiner neuen Anleihe gesteht das Riesreich das ein. Es verlangt nur 2 Milliarden Mark, um über das Allerdringendste hinwegzukommen; es gibt dafür aber eine tatsächliche Verzinsung von 6½ Prozent. Trotzdem haben sich vor dem Termin die Banken verpflichtet müssen, mehr als die Hälfte der Summe zu übernehmen, während der Rest als eine Art Zwangsanleihe bei Sparbanken und ähnlichen Einrichtungen untergebracht wird. Von einer Beteiligung des Publikums ist gar keine Rede. Wann dieser Zustand völliger Schwäche offenbar werden wird, das läßt sich allerdings noch nicht voraussehen.

Für den vorurteilslosen Beurteiler kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß wie das militärische, so auch das finanzielle Übergewicht sich immer stärker auf unsere Seite neigt. Während der Dreiverband für seine neuesten Aktionen die verzweifeltsten Anstrengungen macht, hat gerade in diesen Tagen Österreich-Ungarn, auf das der Cityman so stolz herabzublicken pflegte, einen Anleiherfolg erzielt, der wegen seiner Größe allgemein überrascht hat. Und zu gleicher Zeit machte ein Vertreter der englischen Regierung, Bonar Law, im Unterhaus das Eingeständnis, daß sich England mit seiner bisherigen Finanz- und Anleihepolitik auf dem Holzwege befindet. Seine Rede gipfelte in dem Satze, je eher der Krieg zu Ende sei, um so besser sei es für die englischen Finanzen. Das ist genau das Gegenteil von dem, was der frühere Schatzkanzler Lloyd George immer wieder im englischen Unterhause gesagt hat, daß die letzte Milliarde den Krieg entscheiden werde, und daß England diese letzte Milliarde noch spielend ausbringen werde. Fünf Jahre lang, so hat damals dieser prahlerische Staatsmann gesagt, könne England für sich und seine Verbündeten mit Leichtigkeit alles aufbringen, was der Krieg an Mitteln verlange. Heute gibt es kaum noch einen englischen Politiker, der sich dem Ernste der Finanzlage verschloße. Der Rebel ist viel schneller zerronnen, als man hoffen durfte.

Englands äußerst gefährliche Finanzlage.

WTB London, 20. Nov. (Telegr.) Bonar Law sagte im Unterhaus: „Wir sind in eine äußerst gefährliche Finanzlage geraten. Solange wir ungehindert Geld borgen konnten, bereitete sich ein unechter Wohlstand über das ganze Land aus. Die Bevölkerung sparte nicht, weil es ihr besser ging als vorher. Das ist eine falsche Basis. Wenn bei einer Verlängerung des Krieges die Zeit kommt, wo wir keine Anleihen mehr aufnehmen können, wird der ganze Oberbau verschwinden. Wir werden den Krieg mit andern Mitteln fortführen müssen. Einer der Nachteile ist die große Steigerung der Löhne, die durch den unechten Wohlstand befördert wird und der Regierung alle Lieferungen dreifach und vierfach verteuert.“